

IFK AKTUELL



Aus dem Inhalt

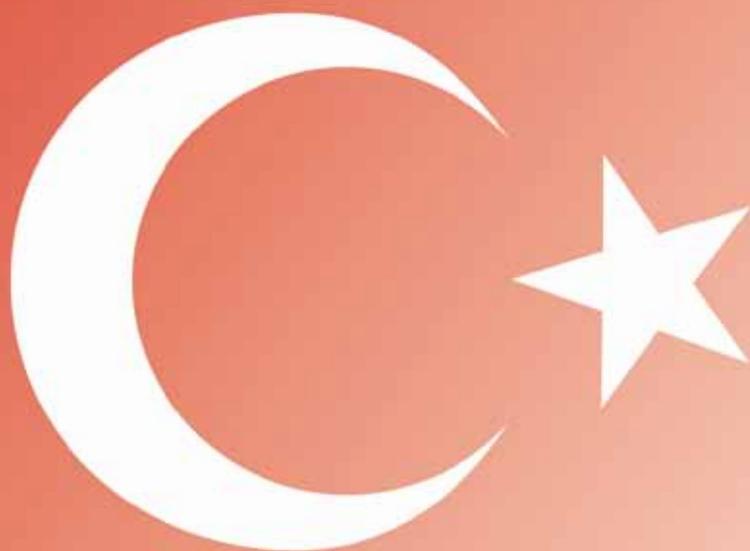
Große innenpolitische
Veränderungen

Ungelöste Kurdenfrage

Der EU-Beitritt – ein Ziel in
weiter Ferne

Wandel in der türkischen
Außenpolitik

TÜRKEI: 10 JAHRE AKP-REGIERUNG



Eine Bilanz

Jüngste Publikationen des IFK

In der Reihe

Internationale Sicherheit und Konfliktmanagement



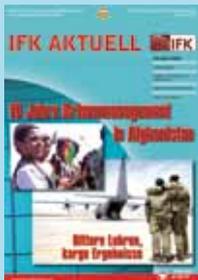
Somalia

Optionen – Chancen – Stolpersteine

Die sicherheitspolitischen Herausforderungen in Somalia reichen von Migration und Piraterie bis zu Staatszerfall und Terrorismus. Dabei ist Somaliland de facto unabhängig, Puntland weitgehend autonom und in Südsomalia herrscht Chaos. Von außen betrachtet sind neben einer sorgfältigen Analyse der Situation kreative Ansätze zur Krisenbewältigung gefragt. Neben der UNO sind besonders die Afrikanische Union, die Regionalorganisation IGAD sowie die Nachbarstaaten, vor allem aber die Somalier selbst gefordert, Lösungen für eine positive Zukunft Somalias zu entwickeln.

In der Reihe

IFK Aktuell



10 Jahre Krisenmanagement in Afghanistan

Bittere Lehren, karge Ergebnisse

Nach dem Start der US-geführten Invasion 2001 waren die Taliban rasch gestürzt. Internationale Truppen bemühen sich für Sicherheit zu sorgen und den Aufbau eines funktionstüchtigen Staates zu unterstützen. Afghanistan wurde zum Experimentierfeld des internationalen Krisenmanagements – die Bilanz ist jedoch ernüchternd. Insbesondere stellt sich die Frage, welche Entwicklung der Truppenabzug bis 2014 mit sich bringen könnte.

In der

Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie



Privatisierte Gewalt

Privatisierte Gewalt ist die organisierte Negation des staatlichen Gewaltmonopols. Organisierte Kriminalität, terroristische Gruppierungen, Warlords u. a. vergleichbare Akteure nutzen schwache Staatlichkeit zur Vermehrung ihres Einflusses. Die Politik wird systematisch untergraben und mit Hilfe unterschiedlichster Methoden delegitimiert. Der vorliegende Studienband beleuchtet ausgewählte Gewaltakteure im Kontext internationaler Friedensmissionen und skizziert auf der Basis der These von der „Friedensunfähigkeit“ die Konsequenzen für das internationale Krisen- und Konfliktmanagement.

Geschätzte Leserin, geschätzter Leser!

Diese Broschüre stellt einen Beitrag zur Information der österreichischen Gesellschaft über sicherheitspolitische Entwicklungen dar. IFK Aktuell folgt damit der Empfehlung der Österreichischen Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin, die Bevölkerung umfassend und laufend über die Sicherheitslage im In- und Ausland zu informieren.

IFK Aktuell zielt darauf ab, die Lücke zwischen dem Erfahrungsaustausch im kleinen Expertenkreis und der täglichen Berichterstattung in den Medien zu schließen. Es wird von den Forschern des Institutes für Friedenssicherung und Konfliktmanagement (IFK) der Landesverteidigungsakademie (LVak/BMLVS) erstellt. Die Analysen erscheinen in unregelmäßigen Abständen und beleuchten aktuelle internationale Krisen und Konflikte und Ansätze zu deren Bewältigung. Weiters wird auf neue Trends und Erscheinungsformen im Zusammenhang mit internationalem Krisenmanagement hingewiesen. Die Inhalte von IFK Aktuell finden Sie auch auf der Homepage des BMLVS unter:

www.bmlvs.gv.at/organisation/beitraege/lvak/ifk/ifk.shtml



Der Institutsleiter
Bgdr Dr. Walter Feichtinger

Türkei: 10 Jahre AKP-Regierung

Eine Bilanz

Mit dem Wahlsieg der Gerechtigkeits- und Fortschrittspartei (AKP) am 3. November 2002 begann ein neues Kapitel in der Geschichte der Türkei. Die Regierung verfolgte, insbesondere in den ersten Jahren, einen umfassenden Reformkurs zwecks Stärkung der Demokratie und der Menschenrechte. Die Rolle des Militärs in der Politik wurde zurückgedrängt. All dies sollte die Erfüllung der Bedingungen für die angestrebte Mitgliedschaft in der EU ermöglichen. Angesichts der erzielten Fortschritte begannen 2005 tatsächlich Beitrittsverhandlungen, die jedoch auch angesichts von Widerständen in der Union selbst ins Stocken geraten sind.

In der Außenpolitik kam es zu einem gewissen Wandel. Neben die traditionelle Orientierung an die USA und die EU sind als neue Hauptkomponenten eine stärkere Beachtung der Beziehungen zu den Nachbarstaaten und ein größeres regionales Engagement getreten. Die Regierung setzte zahlreiche Aktivitäten. Insbesondere der Nahe Osten wurde zu einer Priorität. Verbessert wurde auch das Verhältnis zu Russland. Keine Regelung konnte trotz Bemühungen Ankaras in der Zypernfrage gefunden werden.

Die zehn Jahre der AKP-Regierung haben der Türkei eine in der Nachkriegsgeschichte des Landes nie gekannte Stabilität gebracht. Die teilweise befürchtete Islamisierung des Landes ist ausgeblieben, wenn die Regierung auch gewisse, den religiösen Wertvorstellungen entsprechende Akzente gesetzt hat. International ist die Türkei heute politisch und wirtschaftlich stärker als bei Amtsantritt der AKP. Durch die aktive Außenpolitik ist ihre Visibilität deutlich gestiegen. Der Westen sieht sich jedenfalls heute einer wesentlich selbstbewussteren Türkei gegenüber als 2002.

Inhalt	Ein neues Kapitel in der türkischen Geschichte	Seite 4
	Große innenpolitische Veränderungen	Seite 4
	Reduzierte Rolle des Militärs	
	Meldungen über Putschpläne	
	Die AKP als politisches Sammelbecken	
	Das Projekt einer neuen Verfassung	
	Ungelöste Kurdenfrage	Seite 6
	Positive Wirtschaftsentwicklung	Seite 7
	Der EU-Beitritt – ein Ziel in weiter Ferne	Seite 7
	Wandel in der türkischen Außenpolitik	Seite 10
	Der Nahe Osten als neue Priorität	
	Die geographische Nachbarschaft zum Südkaukasus	
	Das Verhältnis zu den USA und zu Russland	
	Zypern – keine Regelung in Sicht	
	Türkische Ambitionen auf dem Energiesektor	
	Wertung und Zukunftsperspektiven	Seite 12
	Keine Einführung einer islamischen Gesellschaftsordnung	
	Die Türkei steht international gestärkt da	

Ein neues Kapitel in der türkischen Geschichte

Es dürfte nicht übertrieben sein, zu behaupten, dass am 3. November 2002 ein neues Kapitel in der Geschichte der Türkei begonnen hat. An diesem Tage vor nunmehr fast zehn Jahren errang die Gerechtigkeits- und Fortschrittspartei (Adalet ve Kalkınma Partisi, AKP) bei vorgezogenen Parlamentswahlen die absolute Mehrheit. Gleichzeitig brach die alte Parteienlandschaft zusammen, keine Partei der bisherigen Koalition schaffte den Einzug ins Parlament.

Der Wahlsieg war den Umfragen zufolge erwartet worden, war jedoch in diesem Ausmaß nichtsdestoweniger erstaunlich. Die AKP war erst im August 2001, also nur 14 Monate vor den Wahlen, nach Verbot und Auflösung der islamistisch ausgerichteten Tugendpartei (Fazilet) gegründet worden. Deren Anhängerschaft spaltete sich in einen orthodoxen Flügel, der die Glückseligkeitspartei (Saadet) ins Leben rief, und die liberalere, demokratischer und fortschrittlicher ausgerichtete Gruppe, welche die AKP gründete. Diese erhielt auch starken Zulauf aus der in den letzten Jahren entstandenen, vor allem wirtschaftsorientierten Mittelschicht Anatoliens.

Parteiführer ist Recep Tayyip Erdoğan, der frühere (1994 – 1998)

Bürgermeister von Istanbul, welcher 1998 aus der Tugendpartei ausgetreten war. Dieser konnte für die Wahlen 2002 nicht selbst kandidieren, da er 1998 wegen Zitieren eines Gedichtes, welches durch ein Gericht gemäß dem Strafgesetz als aufwieglend eingestuft wurde, zu einer Haftstrafe verurteilt worden war. 1999 wurde er entlassen, jedoch mit Politikverbot belegt. Da für das Amt des Ministerpräsidenten ein Parlamentsmandat notwendig ist, wurde zunächst Abdullah Gül Regierungschef. In der Folge wurde durch eine Gesetzesänderung das Politikverbot aufgehoben, worauf Erdoğan in einer arrangierten Nachwahl zum Abgeordneten gewählt wurde. Gül überließ ihm den Platz des Ministerpräsidenten und wurde Außenminister.

Der Wahlsieg der AKP löste in Teilen der Bevölkerung, insbesondere den kemalistischen Kreisen, starke Befürchtungen aus, die AKP könnte eine Umwandlung des Landes in einen „Gottesstaat“ nach dem Muster des Iran zum Ziel haben. Die AKP wies und weist dies stets von sich und bezeichnet sich als konservativ-demokratisch. Tatsächlich findet in ihrem Parteiprogramm die Religion keine Erwähnung.

Große innenpolitische Veränderungen

Die AKP-Regierung bekannte sich von allem Anfang an zu dem von ihrer Vorgängerin begonnenen Kurs der Annäherung an die EU mit dem Ziel, eine Mitgliedschaft zu erreichen. Sie hatte den Vorteil, dass sämtliche Kräfte in der Türkei, nämlich sowohl die Opposition, die Wirtschaftskreise, als auch das Militär, dies unterstützten. Die Regierung setzte den vom Kabinett Ecevit seit 1999 begonnenen Reformkurs zwecks Erfüllung der Beitrittskriterien mit einer Entschlossenheit fort, die vielfach nicht für möglich gehalten worden war. In mehreren Reformpaketen wurden umfangreiche Gesetzesänderungen in den Bereichen Demokratie, Menschenrechte und persönliche Freiheiten, Abschaffung der Todesstrafe sowie Maßnahmen gegen Folter verabschiedet. Sogar kurdische Sendungen wurden, in allerdings begrenztem Umfang, in privaten TV- und Radiostationen zugelassen – was früher undenkbar gewesen wäre.

Besonders die ersten Jahre des Reformprozesses waren von starken Widerständen in der Bürokratie (vor allem in Polizei und Justiz), einer feindlichen Haltung der Medien, der bremsenden Rolle des Militärs und mangelnder Kooperation des stark kemalistisch ausgerichteten Staatspräsidenten Sezer gekennzeichnet. Insgesamt war die Periode der AKP-Regierung zwischen 2002 und 2006 von deutlicher Reformwilligkeit und diesbezüglichen Erfolgen geprägt, die jedoch danach etwas erlahmte – nicht zuletzt wohl angesichts des immer manifester werdenden Widerstandes in einigen Staaten der EU gegen einen türkischen Beitritt. Keine wesentlichen Fortschritte gab es, trotz gewisser Verbesserungen, vor allem in der Kurdenfrage und der Religionsfreiheit, sprich Diskriminierung der christlichen Kirchen.

Reduzierte Rolle des Militärs

Herausragendes Element im Rahmen des Reformprozesses war die schrittweise Zurückdrängung der Rolle des Militärs. Die entsprechenden gesetzlichen Maßnahmen wurden seitens der AKP-Regierung als Erfüllung der EU-Erfordernisse dargestellt und es ist bemerkenswert, wie wenig entschiedenen Widerstand die Führung der Streitkräfte – die immerhin drei Mal in der türkischen Nachkriegsgeschichte gegen eine Regierung geputscht hatten – dem entgegensetzte. Es ist der Regierung Erdoğan gelungen, den früher allmächtigen und von den Militärs dominierten Nationalen Sicherheitsrat durch Gesetzesänderung in ein beratendes Organ umzuwandeln. Dessen Empfehlungen, die früher automatisch implementiert wurden, werden nunmehr durch die Regierung geprüft, welche über die Umsetzung entscheidet. Seit 2004 ist der Posten des Generalsekretärs des Rates, den vormals traditionell ein General innehatte, durch einen Zivilbeamten besetzt. Für die Redaktion des Nationalen Sicherheitsdokumentes, welches früher durch den Generalstab vorbereitet worden war, ist seit 2010 nun die Regierung zuständig. Aufgehoben wurde auch der Umstand, dass die Budgeterstellung der Streitkräfte nicht der parlamentarischen Kontrolle unterlag. Unter der AKP-Regierung wurde der Einfluss der Armee annähernd auf das in Westeuropa normale Maß beschränkt.

2007 kam es zu einer Staatskrise. Erdoğan wollte nach Auslaufen der 7-jährigen Amtszeit von Präsident Sezer Außenminister Gül zum Nachfolger wählen lassen. Die Armee stellte für diesen Fall kaum

verhüllte Putschdrohungen ins Internet. Die trotzdem durchgeführte Wahl durch das Parlament wurde durch den kemalistisch eingestellten Verfassungsgerichtshof für ungültig erklärt. Ministerpräsident Erdogan schrieb darauf Neuwahlen aus, die im Juli mit einem überzeugenden Sieg der AKP endeten. Diese erreichte fast 47% der Stimmen, also mehr als 2002 (34%). Das Ergebnis war deutlicher Ausdruck des Wunsches der Bevölkerung nach Fortsetzung der bisherigen Politik. Im August 2007 wurde Gül endgültig zum Präsidenten gewählt. Danach befürwortete eine Volksabstimmung die künftige Bestellung des Staatsoberhauptes durch eine Volkswahl.

2008 drohten weitere Turbulenzen. Der Generalprokurator stellte beim Verfassungsgericht den Antrag auf Schließung der AKP und Politikverbot für deren höhere Funktionäre. Der Vorstoß wurde im Juli 2008 mit äußerst knapper Mehrheit abgelehnt. Die Sache zeigte jedoch die unverändert feindliche Haltung weiter Kreise der hohen Richterschaft gegen die AKP.

Im September 2010 fand ein Referendum über eine teilweise Verfassungsänderung (26 Artikel) statt, welche mit 58% Ja-Stimmen angenommen wurde. Die AKP erhielt damit ein klares Mandat, weitere Änderungen im politischen System herbeizuführen. Im Juli 2011 wurden programmgemäß Parlamentswahlen abgehalten, welche einen eindeutigen Sieg der AKP brachten, die mit 49,9% um 3,3% mehr als 2007 erreichte. Allerdings errang die Partei mit 327 der insgesamt 550 Sitze nicht die angestrebte 2/3-Mehrheit von 335 Abgeordneten. Letztere hätte ihr Verfassungsänderungen ohne Referendum ermöglicht, bei der nunmehrigen Mehrheit von 3/5 ist ein solches obligatorisch. Erdogan hatte versucht, den Wiedereinzug der Partei der Nationalen Bewegung (MHP) ins Parlament zu verhindern, was ihm die 2/3-Mehrheit gesichert hätte. Sein nationalistisch geführter Wahlkampf brachte der AKP jedoch Nachteile in den Kurdengebieten, wo die AKP 2007 ein gutes Ergebnis erzielt hatte. Die kurdische Partei für Frieden und Demokratie (BDP) erreichte 36 Mandate. Die für den Einzug ins Parlament notwendigen 10% wurden dadurch umgangen, dass ihre Kandidaten offiziell als Unabhängige auftraten.

Meldungen über Putschpläne

Unabhängig vom Rückgang seiner politischen Bedeutung unter der AKP-Regierung war das Militär bis vor einigen Jahren diejenige Institution, welche in der türkischen Bevölkerung das höchste Ansehen genoss. Dieses Prestige wurde jedoch durch, teilweise in den Anfang der AKP-Regierung zurückreichende, (tatsächliche oder angebliche) Putschpläne stark beeinträchtigt. Pläne wie „Ergenekon“ oder „Vorschlaghammer“ stellten die Legitimität der Armee als politischer Akteur in Frage. Eine Reihe von aktiven oder ehemaligen Generälen, aber auch andere prominente Persönlichkeiten und Journalisten sitzen in Haft. Kritiker der AKP behaupten allerdings, dass diese Meldungen von der Regierung konstruiert wurden, um die Streitkräfte zu diskreditieren. Die Zurückdrängung der Militärs im politischen Leben wurde jedenfalls durch diese Putschpläne akzentuiert. Im August 2011 kam es zum kollektiven Rücktritt der Militärspitze, d.h. des Generalstabschefs sowie der Kommandanten der Land-, Luft- und Seestreitkräfte sowie der militärisch organisierten Gendarmerie. Dieser Schritt ist wohl im Lichte des Wahlerfolges der AKP kurz vorher zu sehen. Das Militär hatte offenbar erkannt, den Machtkampf mit der Regierung verloren zu haben. Eine neue Führung wurde bestellt,

Abbildung aufgrund von Copyright-Bestimmungen entfernt

Der türkische Präsident Abdullah Gül in einem Reuters Interview im Präsidentschaftspalast am 1. März 2012

deren Mitglieder als weniger dogmatisch gelten. Das Verhältnis ist bisher, soweit bekannt, ohne ernste Schwierigkeiten verlaufen.

Die derzeitige innenpolitische Situation stellt sich wie folgt dar: Vor Regierungsantritt der AKP herrschte in der Türkei eine Art Gewaltenteilung: Es gab freie Wahlen, dafür waren das Amt des Präsidenten, die Armee, die Justiz und die Bürokratie fest in Händen der Kemalisten. Mit der Wahl Güls zum Staatsoberhaupt wurde dieses System durchbrochen.

Die AKP als politisches Sammelbecken

Nach dem Wahlsieg 2007 hat Erdogan damit begonnen, die Staatsinstitutionen zu Bastionen der AKP auszubauen. In Verwaltung, dem Erziehungswesen, der Polizei und Justiz (mit Ausnahme der hohen Richterschaft) und auch in den Medien hat ein Elitenwechsel stattgefunden. Die AKP bietet sowohl religiös als auch säkular Orientierten eine politische Heimat. Ein wesentliches Element sind konservative, wirtschaftsorientierte Unternehmer der anatolischen Mittelschicht. Diese ist vom ursprünglichen Wählerreservoir der AKP 2002 zu einem Machtfaktor geworden und dies wird auch eingesetzt, um die Gesellschaft zu beeinflussen und zu verändern.

Der AKP kommt zweifellos zugute, dass sie die Alleinregierung stellt, nicht durch die Streitigkeiten früherer Koalitionsregierungen behindert wird und auch keine effiziente oder ernstzunehmende Opposition vorhanden ist. Die Republikanische Volkspartei (CHP) hat durch ihren totalen Negativismus und die Verweigerung praktisch jeder Kooperation wenig Glaubwürdigkeit und die Partei der Nationalen Bewegung (MHP) übt sich in einem, selbst für türkische Verhältnisse übertriebenen, Nationalismus. In dieser Situation zeigt Erdogan allerdings zunehmend autoritäre, gegen Kritik empfindliche Züge. Medien- und Meinungsfreiheit haben Rückschläge erlitten. Es kommt wiederholt zu Verhaftungen von Journalisten, Schriftstellern und kurdischen Aktivisten, welche immer wieder ohne Anklageerhebung längere Zeit in Haft sitzen.

Das Projekt einer neuen Verfassung

Dies wird durch die noch gültige, aus dem Jahre 1982, also einer Periode der Militärregierung stammende, Verfassung ermöglicht. Diese betont „Türkentum“ sowie Zentralstaat und gibt wenig Raum für individuelle Freiheits- oder Minderheitenrechte. Auf dieser Basis sind die Begriffe der staatsfeindlichen Tätigkeit und des Terrorismus weit gefasst, was Verhaftungen ohne echten Grund ermöglicht. Die Teilrevision der Verfassung 2010 hat daran nur wenig geändert. Ein Hauptthema der politischen Diskussion in der Türkei ist demnach die von Erdogan angestrebte Ausarbeitung einer neuen, ziviler orientierten Verfassung. Wichtiges Thema werden hierbei jene Artikel sein, auf deren Grundlage die Justiz und Sicherheitsbehörden ihre Tätigkeit ausüben, sowie auch die Neudefinition gewisser Sicherheitsbegriffe. Besser abgestützt werden müssen auch persönliche Freiheiten, einschließlich jener der Religionsfreiheit.

Im Mai 2012 ist nach einer Vorbereitungszeit von sechs Monaten zwecks Einholung von Meinungen und Ideen seitens politischer Parteien, zahlreicher Persönlichkeiten und NGOs eine vorläufige parlamentarische „Versöhnungskommission“ zusammengetreten, welche einen Entwurf für die neue Verfassung erstellen soll. Regierung und Opposition sind sich einig über deren Notwendigkeit, die Ausarbeitung wird sich wegen der großen Meinungsdivergenzen und der Polarisierung im Lande aber schwierig gestalten.

Ungelöste Kurdenfrage

Keine Lösung erreicht hat die AKP-Regierung in der Kurdenfrage, dem wohl schwierigsten Problem der Türkei. Allerdings sind gewisse Fortschritte doch festzustellen. Während in der kemalistischen Zeit dieses Thema rein unter dem Aspekt des Terrorismus und der Gefährdung der Gesamtstaatlichkeit gesehen wurde, hat die AKP die innen- und außenpolitische Notwendigkeit erkannt, diese Frage einer Lösung zuzuführen. Nicht zuletzt im Zusammenhang mit den politischen Kriterien für einen EU-Beitritt, welche Minderheitenrechte einfordern, wurden Maßnahmen in diese Richtung gesetzt. TV-Sendungen in kurdischer Sprache wurden in begrenztem Umfang eingeführt, legalisiert wurde auch der Kurdischunterricht in Privatschulen – Maßnahmen, die früher undenkbar gewesen wären und deren Umsetzung auf erheblichen Widerstand in der Bürokratie stießen und noch immer stoßen. Kurdischer Abstammung sind auch zahlreiche AKP-Abgeordnete sowie einige Minister (sogar der frühere Innenminister).

Ein signifikantes Ereignis war eine Rede von Ministerpräsident Erdogan 2005 in Diyarbakir, dem Hauptort der kurdischen Gebiete. Er gab als erster türkischer Regierungschef zu, dass es ein Kurdenproblem gebe und der Staat Fehler in der Kurdenpolitik gemacht habe. Seine Betonung des Rechtes der Kurden auf eine eigene Identität und Kultur stellte eine politische Sensation dar.

Ein negatives Phänomen ist die seit 2004 wieder aufgenommene Terrortätigkeit der PKK. In letzter Zeit ist hier eine deutliche Eskalation feststellbar und die Verluste auf türkischer Seite haben zugenommen. In der AKP hat sich aber die Erkenntnis

Abbildung aufgrund von Copyright-Bestimmungen entfernt

Die Wirtschaftsmetropole Istanbul

Bild: REUTERS/Osman Otsal

durchgesetzt – die auch vom Militär geteilt wird - dass der Kampf gegen die PKK mit militärischen Mitteln nicht zu gewinnen ist und politische, wirtschaftliche und soziale Maßnahmen gesetzt werden müssen, um die kurdische Bevölkerung auf die Seite der Regierung zu ziehen und dem Terrorismus das Wasser abzugraben.

2009 verkündete Erdogan in der Kurdenfrage eine „demokratische Initiative“. So wurde u.a. ein kurdischer TV-Kanal eingerichtet, welcher 24 Stunden senden kann. Später wurde auch gestattet, Wahlkampagnen auf Kurdisch zu führen. Einige frühere PKK-Kämpfer konnten ohne Inhaftierung in die Türkei zurückkehren. Sie wurden wie Volkshelden empfangen, was in der türkischen Bevölkerung Entrüstung hervorrief. Die Regierung musste reagieren, da sie befürchtete, durch Konzessionen an die Kurden innenpolitische Nachteile zu erleiden. Insgesamt erbrachte die demokratische Initiative keine substantiellen Fortschritte und ist im Sande verlaufen. Hiezu wäre allerdings zu bemerken, dass für eine echte Stärkung der Rechte der Kurden ein nationaler Konsens notwendig wäre. Die CHP lehnte eine Zusammenarbeit mit der Regierung bisher ab und die MHP bezieht eine noch negativere Haltung.

Wenig kooperativ zeigte sich bisher auch die BDP, welche im Wesentlichen die Rechte der Kurden vertritt. Trotz mehrfacher Appelle der Regierung war sie bisher nicht bereit, sich von der PKK zu distanzieren, als eigener Akteur zu profilieren und so die Kurdenfrage vom Terrorismus zu lösen. Die BDP fürchtet aber offenbar, durch Erfolge der Regierung eigene Nachteile zu erleiden.

Keinen Fortschritt in der Bekämpfung der PKK haben auch die guten Beziehungen Ankaras zur kurdischen Regionalregierung im Nordirak gebracht, die ein undurchsichtiges Spiel betreibt. Trotz des Aufrufes an die PKK, die Waffen niederzulegen, erfolgte keine eindeutige Distanzierung von deren Terror.

Seit Mitte 2012 ist eine gewisse Bewegung in der Kurdenfrage

eingetreten. CHP-Führer Kilicdaroglu hat in Abgehen von seiner bisherigen Haltung den Vorschlag gemacht, eine parlamentarische Kommission zur Behandlung des Problems einzusetzen, was seitens der Regierung positiv aufgenommen wurde. Die AKP versucht ferner, mit der BDP konkret ins Gespräch zu kommen und die PKK innerhalb der kurdischen Bewegung zu isolieren. Der Erfolg dieser Initiativen ist jedoch äußerst unsicher.

Positive Wirtschaftsentwicklung

Der Regierungsantritt der AKP erfolgte knapp zwei Jahre nach Ausbruch einer Finanzkrise, welche Folge von politischer Instabilität, Überschuldung, einem maroden Bankensektor und Klientelismus war. Das Budgetdefizit betrug 17% und die Schulden beliefen sich auf 80% des BIP. Die Türkische Lira war weltweit die Währung mit dem geringsten Nominalwert.

Die AKP übernahm den von der Regierung Ecevit begonnenen Gesundungsprozess und das vom IMF unterstützte Reformprogramm. Es gelang, die Hyperinflation in den Griff zu bekommen. Die Regierung verfolgte einen Kurs von Ausgabenkürzungen, fiskalpolitischer Disziplin, maßvoller Lohnpolitik, Strukturreformen und Privatisierungen. Bereits 2008 war der durch den IMF 2001 eingeräumte Kredit vollständig zurückgezahlt.

Es kam zu einer Neuausrichtung der Wirtschaft im Sinne einer größeren internationalen Verflechtung und zu einem starken Ansteigen exportorientierter Unternehmen. Der Außenhandel hat sich in den letzten zehn Jahren fast verdoppelt, die Exporte fast verdreifacht. Gleichzeitig fand eine Umorientierung der Warenströme statt. So betragen beispielsweise die Exporte in die EU 2000 56% und 2009 nur mehr 46% des Gesamtvolumens. Im selben Zeitraum stiegen jene in den Nahen Osten von 9% auf fast 19%. Der Außenhandel mit dem OECD-Raum belief sich 1999 auf 71% und sank 2010 auf 50%.

Die Türkei weist seit 2002 ein relativ hohes Wachstum auf. Motor dieser Entwicklung sind die Klein- und Mittelbetriebe Anatoliens („anatolische Tiger“). Die Wachstumsrate betrug 2002 – 2006 durchschnittlich 7,2%. Nach einem Einbruch 2009 auf 2,2% auf Grund der internationalen Finanzkrise wurden 2010 und 2011 wieder 9% erzielt (die weltweit zweitgrößte Rate hinter China). Für die kommenden Jahre belaufen sich die Schätzungen auf 4%. Ein wesentliches Element des Wachstums ist der Bausektor. Die Entwicklung hat das West-Ost-Gefälle im Lande verkleinert und zur Zunahme des pro Kopf-Einkommens um durchschnittlich 300% geführt, dieses liegt jedoch noch immer unter jenem in den meisten EU-Staaten. Die Inflation betrug 2001 68,5% und konnte 2005 auf 7,7% gesenkt werden. Derzeit beläuft sie sich auf 8,9%, liegt damit aber klar über dem Ziel von 5%.

Dank eines soliden Bankensektors konnte die internationale Finanzkrise gut überwunden werden. Die OECD hat in ihrem letzten Bericht ein positives Zeugnis ausgestellt. Kritisiert wird das Defizit in der Leistungsbilanz in der Höhe von 10% des BIP, gefordert wird eine Eindämmung des ständig wachsenden Außenhandelsdefizits. Gegensteuern durch eine de facto Abwertung ist jedoch schwierig, da dies die Importe, insbesondere die notwendigen Energiebezüge, verteuert, die türkische Industrie stark auf die Einfuhr von Vorprodukten angewiesen ist und dies zu einer von der Regierung nicht angestrebten Drosselung des Wachstums führen würde.

Der EU-Beitritt – ein Ziel in weiter Ferne

Gleichsam als Einstandsgeschenk für die neue AKP- Regierung beschloss der Europäische Rat (das Treffen der Staats- und Regierungschefs) im Dezember 2002 in Kopenhagen, dass – sollte die Türkei bis Ende 2004 betreffend die Beitrittskriterien ausreichend Fortschritte machen – entsprechende Verhandlungen beginnen könnten (der Türkei war beim EU-Gipfel in Helsinki 1999 Kandidatenstatus zuerkannt worden).

Die Regierung setzte in ihren ersten Jahren den von der Regierung Ecevit (1999 – 2002) begonnenen Reformkurs mit großer Entschlossenheit fort, in dessen Rahmen die oben im Teil Innenpolitik angeführten Gesetzesänderungen vorgenommen wurden, um die Bedingungen für die Mitgliedschaft zu erfüllen.

Die Implementierung erwies sich angesichts großer Widerstände in der Bürokratie und den Sicherheitsorganen jedoch als oft sehr schwierig.

Als Ergebnis dieser Bemühungen stellte der Europäische Rat im Dezember 2004 in Brüssel auf Basis des Fortschrittsberichtes (welcher die erzielten Ergebnisse im Reformprozess jährlich überprüft) und einer Empfehlung der EU-Kommission fest, dass unter gewissen Voraussetzungen, insbesondere hinsichtlich der Strafjustiz, Verhandlungen mit der Türkei eröffnet werden können. Am 3. Oktober 2005 wurde der entsprechende Beschluss gefasst.

In der ersten Jahreshälfte 2006 wurde unter österreichischer EU-



Landesname	Türkei, Republik Türkei (Stand: Juni 2012)
Fläche	814.578 km ²
Einwohner	ca. 74 Mio.
Hauptstadt	Ankara
Staatsform	Republik / parlamentarische Demokratie
Staatsoberhaupt	Abdullah GÜL
Regierungschef	Recep Tayyip ERDOGAN
Außenminister	Ahmet DAVUTOGLU
Amtssprache	Türkisch
Währung	TL Türkische Lira (1 TL ggw. rund 2,37 €)
Religion	Islam 99,8% (Sunniten, Aleviten u. a.), andere 0,2% (Christen, Juden)
Bevölkerung	offiziell 99,8% Türken, tatsächlich ca. 77% Türken (darunter auch turkstämmige Volksgruppen), 20% Kurden, 2% Araber, 0,5% Tscherkessen, 0,5% Georgier, Armenier, Griechen und Albaner (es gibt keine offizielle Minderheitenstatistik).
Wichtigste Parteien	Gerechtigkeits- und Fortschrittspartei (AKP) – 49,9% Republikanische Volkspartei (CHP) – 25,9% Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) – 12,9% Partei für Frieden und Demokratie (BDP) – 6,6%
Letzte Wahl / Regierung	12. Juni 2011 / AKP – Alleinregierung
BIP	USD 778,1 Mrd
BIP pro Kopf	USD 10.522,00
Inflationsrate	8,28 %
Arbeitslosigkeit	10,3%; hohe versteckte Arbeitslosigkeit
Wirtschaftswachstum	+ 8,5 %; 2010: + 8,9 %; 2009: – 4,8 %



Grafik: LVAK/Referat III - Medien

Bevölkerungswachstum	Ca. 1,02 %
öffentliche Verschuldung	Auslandsverschuldung: USD 95,1 Mrd.
Inlandsverschuldung	TRY 317,6 Mrd. (USD 173,5 Mrd.)
Budgetdefizit	TRY 5,5 Mrd. (USD 3 Mrd.)
Außenhandel Türkei	tr. Importe USD 240,8 Mrd. tr. Exporte USD 134,9 Mrd. 2012/1-4 Importe USD 74,9 Mrd 2012/1-4 Exporte USD 48,0 Mrd.
Verträge mit EU	1959 Türkei bewirbt sich um die Aufnahme als assoziiertes Mitglied in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). 1963 Unterzeichnung Assoziierungsabkommen (Abkommen von Ankara) zur Schaffung einer Zollunion zwischen der Türkei und der EWG und Aussicht auf eine mögliche Mitgliedschaft. 1. Finanzprotokoll. 1970 Unterzeichnung der Schlussakte und 2. Finanzprotokoll in Brüssel zur Vorbereitung einer Zollunion. 1987 Die Türkei stellt Antrag auf volle EWG-Mitgliedschaft. 1995 Assoziationsrat zwischen EU und Türkei; Abkommen über eine Zollunion EU-TR; Zollunion tritt am 1.1.1996 in Kraft. 1999 Europäischer Rat von Helsinki; Türkei wird als Kandidatenland anerkannt und nimmt gleichberechtigt mit den anderen Kandidatenländern am Beitrittsprozess teil. 2005 Beginn der analytischen Prüfung des Besitzstands – „Screening“. Unterzeichnung des Ankara-Protokolls (Zusatzprotokoll zum Assoz.abk.1963; regelt v.a. die Ausdehnung der Zollunion auf die 2004 beigetretenen Länder; von der TR unerzeichnet, aber – weg. Nicht-Anerkennung der Republik Zypern – nicht ratifiziert). 2008 Verabschiedung einer überarbeiteten Beitrittspartnerschaft für die Türkei. Programme: SOCRATES, ERASMUS, LEONARDO DA VINCI, DAPHNE, MEDA
Mitgliedschaft in int. Organisationen	Europarat, VN, NATO, OSZE, OIC (Organisation of the Islamic Conference)

Präsidentschaft eines der 35 Kapitel der in den Beitrittsverhandlungen zu behandelnden Themen, nämlich jenes betreffend Wissenschaft, eröffnet und erfolgreich abgeschlossen. Danach trat aber in der Türkei eine Verlangsamung des Reformprozesses und der notwendigen Übernahme und Umsetzung des Rechtsbestandes der EU ein. 2006 konnte kein weiteres Kapitel eröffnet werden.

Hiezu kam eine weitere Schwierigkeit: Ankara weigerte sich, die Ausweitung der Zollunion EU-Türkei auf die 2004 neu beigetretenen zehn EU-Mitglieder auch im Falle Zypern anzuwenden, solange die EU ihre Zusage der Ermöglichung eines direkten Handels zwischen der EU und Nordzypern nicht erfüllt. So wird z. B. zypriotischen Schiffen das Anlaufen türkischer Häfen nicht gestattet. Daraufhin beschloss der EU-Außenministerrat, die mit der Zypernproblematik

in Verbindung stehenden Verhandlungskapitel einzufrieren. Seit 2006 sind die Verhandlungen teilweise suspendiert.

Der Prozess ist also ins Stocken geraten. In der türkischen Bevölkerung ist der Prozentsatz der Befürworter eines EU-Beitritts von früher bis zu 90% auf maximal 60% gefallen. Viele Türken sind der Ansicht, dass es die EU mit dem Beitritt des Landes nicht wirklich ernst meint. Die negative Haltung bzw. entsprechende Erklärungen seitens einiger EU-Politiker lösen in der türkischen Öffentlichkeit und bei der Regierung naturgemäß negative Reaktionen aus. Außerdem ist die Türkei in den letzten Jahren politisch und wirtschaftlich so stark geworden, dass – wie AKP-Politiker immer wieder zum Ausdruck bringen – Ankara nicht mehr zwangsläufig auf eine EU-Mitgliedschaft angewiesen ist.

Wandel in der türkischen Außenpolitik

Parallel und im Zusammenhang mit den innenpolitischen Veränderungen ist es auch in der türkischen Außenpolitik während der AKP-Regierungszeit zu einem Wandel gekommen. Neben die traditionelle Orientierung an die USA und die EU sind als neue Hauptkomponenten eine stärkere Beachtung der Beziehungen zu den Nachbarstaaten und ein größeres regionales Engagement getreten. Dies ist die Folge einer modifizierten Problemsicht, der Abwendung von einer sicherheitsfixierten Geopolitik und der Vorstellung, dass die Türkei von Feinden umgeben sei. Architekt der neuen Linie ist Ahmed Davutoglu, zwischen 2002 und 2009 außenpolitischer Berater des Ministerpräsidenten und seit Mai 2009 Außenminister. Er hat seine Gedanken in dem Buch „Strategische Tiefe“ dargelegt. Die Türkei ist demnach sowohl ein europäischer als auch nahöstlicher, kaukasischer sowie Schwarz- und Mittelmeerstaat. Ausfluss dieser Weltsicht ist eine Abwendung von der starren Orientierung an den Westen. Davutoglu hat eine Null-Probleme-Politik propagiert. Die AKP begann ein aktives Zugehen auf die Nachbarn, die jahrzehntelange Anomalie, diesen den Rücken zuzukehren, wurde beendet. Das vor Regierungsantritt der AKP problematische Verhältnis zu fast allen Nachbarn wurde durch gute Beziehungen abgelöst (Ausnahme Zypern und Armenien – die zuletzt wieder eingetretene Verschlechterung gegenüber manchen Staaten wird nachstehend noch behandelt).

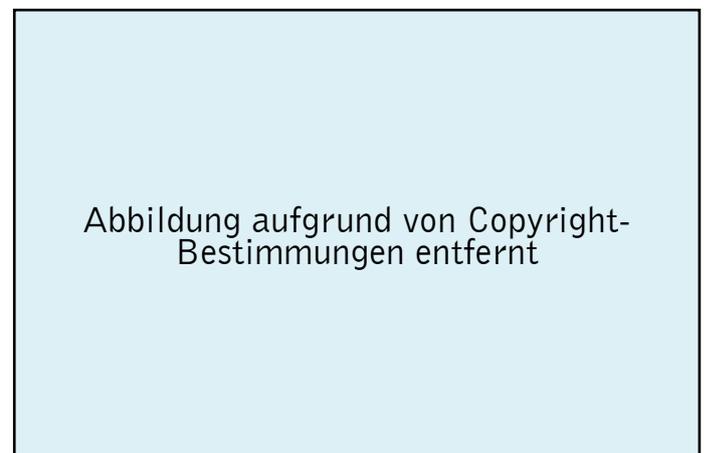
Die AKP-Jahre haben eine starke Zunahme der außenpolitischen Aktivitäten gebracht. Die Türkei hat die Möglichkeit erkannt, hiedurch ihr Gewicht auf regionaler und internationaler Ebene zu erhöhen. Auch den internationalen Organisationen kommt jetzt größerer Stellenwert zu. So wurde z.B. die Türkei 2009/2010 in den UN-Sicherheitsrat gewählt, sie stellt das Amt des OIC-Generalsekretärs und erreichte Beobachterstatus bei einer Reihe internationaler Organisationen. Gestiegen ist auch das Engagement in internationalen Friedensoperationen, womit auch die Konvergenz mit den Sicherheitsinteressen des Westens unterstrichen werden soll. Wichtigster Schritt war hierbei 2006 die Entscheidung der Teilnahme an UNIFIL II im Libanon.

Der Nahe Osten als neue Priorität

Deutlichstes Resultat der modifizierten Außenpolitik war die Hinwendung zum jahrzehntelang vernachlässigten Nahen Osten. Dieser

ist zu einer geopolitischen Priorität geworden, womit auch die unter Erdogan gestiegene Rolle des Islam in der Außenpolitik zum Ausdruck kommt. Ankara hat Interesse, die Ereignisse in der Region zu beeinflussen und an der Lösung von Problemen mitzuwirken. Der Besuchs- und Wirtschaftsaustausch mit den Nahoststaaten haben deutlich zugenommen, die wiederholte Kritik an Israel hat das Ansehen Ankaras dort gefördert. Ein zentraler Punkt der türkischen Aktivitäten in der Region war der Versuch, zwischen Konfliktparteien zu vermitteln, doch war dies nur teilweise erfolgreich und nach Ansicht einiger Beobachter von einer gewissen Selbstüberschätzung gekennzeichnet. Stark ist das Eintreten für die Sache der Palästinenser, deren Schicksal in der türkischen öffentlichen Meinung hohe emotionale Bedeutung zukommt.

Die Umwälzungen in der arabischen Welt betrafen naturgemäß auch das Verhältnis Ankaras zu den betreffenden Ländern. In Tunesien begrüßte Erdogan sehr bald den Umsturz. Im Falle Ägyptens erklärte er schon bald nach Beginn der Krise, dass Mubarak die Wünsche des Volkes erfüllen müsse. Hinsichtlich Libyens übte Ankara im Hinblick auf die zahlreichen dort tätigen türkischen Baufirmen anfangs Zurückhaltung und warnte vor militärischen Operationen. In der Folge beteiligte sich die Türkei aber an der Umsetzung der UN-Resolution, ohne allerdings an Kampfhandlungen teilzunehmen. In einer beson-



Außenminister Ahmet Davutoglu bei der türkischen Botschafterkonferenz in Ankara am 23. Dezember 2011

ders heiklen Situation befand sich die AKP-Regierung anfangs im Falle Syriens auf Grund der engen Beziehungen. Erdogan rief Assad wiederholt zu Reformen auf – das Interesse, den Sturz des Regimes zu vermeiden, war offensichtlich. Als jedoch alle Ratschläge nichts fruchteten, wurde die Türkei angesichts der blutigen Repression zu einem der erbittertesten Gegner der Führung in Damaskus.

Betrachtet man die Entwicklung der Beziehungen zu den drei islamischen Nachbarn, so ergibt sich folgendes Bild: Betreffend Syrien trat bis 2011 eine deutliche Verbesserung ein, was u.a. in intensivem Besuchs Austausch und der Einsetzung eines Kooperationsrates zum Ausdruck kam. Günstig auf das Verhältnis wirkten sich auch parallele Interessen hinsichtlich der Folgen des Irakkrieges aus. Der Aufstand in Syrien hat dieses gute Verhältnis beendet. Im Irak war nach Ende des Krieges das Hauptanliegen Ankaras die Erhaltung von dessen territorialer Integrität. Die Beziehungen zur Regierung Al Maliki waren anfangs schwierig, besserten sich jedoch in der Folge, sind aber nun wieder auf einen Tiefpunkt gesunken, da der irakische Ministerpräsident Ankara Einmischung in innere Angelegenheiten vorwirft. Im Nordirak vermied die Türkei im Sinne der strikten Ablehnung eines Kurdenstaates Kontakte zur dortigen Regionalregierung, akzeptierte diese dann jedoch und es kam zu einer starken Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen. Auch im Falle des Iran entkrampfte sich unter der AKP-Regierung das Verhältnis und die Kontakte wurden deutlich intensiver. Im Atomstreit zwischen dem Iran und dem Westen versuchte die Türkei zu vermitteln. Unterschiedliche Auffassungen zu Syrien und die Beteiligung der Türkei am NATO-Raketenschutzschirm haben die Beziehungen aber zuletzt belastet.

Klar verschlechtert hat sich das Verhältnis Ankaras zu Israel angesichts des Gazakrieges 2008/2009 und einer israelischen Militäraktion gegen eine humanitäre Hilfsflotte für Gaza. Erdogan war deutlich bemüht, durch eine kritische Haltung gegen Israel in der arabischen Welt zu punkten. Eine Besserung der Beziehungen ist nicht in Sicht.

Die geographische Nachbarschaft zum Südkaukasus

Der Südkaukasus war zum Zeitpunkt des Regierungsantritts der AKP eDer Südkaukasus war zum Zeitpunkt des Regierungsantritts der AKP eine Region, die türkischerseits wenig Beachtung fand. Daran änderte sich in den ersten Regierungsjahren praktisch nichts. Trotz Hinwendung zur Regionalpolitik setzte die neue Führung im Südkaukasus wenig Aktivitäten. Der Krieg zwischen Georgien und Russland im August 2008 stellte einen Wendepunkt dar und brachte der Türkei die Bedeutung dieses Raumes für die eigene Sicherheit in Erinnerung. Ankara entwickelte eine neue Dynamik. Der Vorschlag Erdogans zur Etablierung einer Kaukasus-Plattform für Stabilität und Kooperation hatte angesichts der bilateralen Probleme zwischen den potentiellen Teilnehmerstaaten jedoch von Anfang an wenig Aussicht auf Erfolg. Teilweise wird vermutet, dass er nicht wirklich resultatorientiert war und eher die Rolle der Türkei als Akteur in dieser Region unterstreichen sollte. Der Krieg bedeutete für die AKP-Regierung einen heiklen Balanceakt zwischen dem befreundeten Nachbarn Georgien und dem wichtigen Wirtschaftspartner Russland. Ankara war um Äquidistanz bemüht, was in Tbilisi auf ein gewisses Unverständnis stieß.

Keinen Durchbruch erzielte die Regierung in dem historisch belas-

Abbildung aufgrund von Copyright-Bestimmungen entfernt

US Präsident Barack Obama (r.) und der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan bei einer Pressekonferenz beim Nuklearen Sicherheitsgipfel in Seoul am 25. März 2012

teten Verhältnis zu Armenien. Im Sinne der Null-Probleme-Politik wurden zwar Protokolle über diplomatische Beziehungen und die Öffnung der seit 1993 geschlossenen Grenze unterzeichnet, angesichts des vehementen Widerstandes Aserbaidschans – den Erdogan offenbar falsch eingeschätzt hatte – wegen der Nagornij-Karabach-Frage erklärte die Regierung jedoch, die Protokolle vor Lösung dieses Konfliktes nicht ratifizieren zu wollen. Der Prozess liegt auf Eis. Im guten Verhältnis zu Aserbaidschan gab es – trotz immer wieder auftretender Differenzen über Preis und Lieferbedingungen – Fortschritte auf dem Energiesektor, die Ende 2011 zu einem Abkommen über die gemeinsame Errichtung einer Transanatolischen Pipeline führten.

Insgesamt war – mit Ausnahme des Energiesektors – der Südkaukasus keine Priorität der Außenpolitik der AKP-Regierung. Das Hauptanliegen Ankaras ist die Aufrechterhaltung der Stabilität in der Region, um das Ziel, ein Energiekorridor vom kaspischen Raum nach Europa zu werden, nicht zu gefährden. Die AKP nimmt in der Region auf die Interessen Russlands Rücksicht und ist bemüht, nichts gegen diese zu unternehmen.

Das Verhältnis zu den USA und zu Russland

Kurz nach Beginn der Regierungstätigkeit der AKP kam es im März 2003 zu einem ersten Zerwürfnis mit den USA, als die Türkei den Durchmarsch von US-Truppen durch ihr Territorium zwecks Eröffnung einer Nordfront gegen Saddam Hussein verweigerte. Das Verhältnis blieb in den folgenden Jahren spürbar belastet. Die Regierung musste auf die stark antiamerikanische Stimmung in der Bevölkerung im Zusammenhang mit dem Irakkrieg Rücksicht nehmen. Die USA beschuldigten ihrerseits die Türkei der mangelnden Unterstützung in dem Feldzug. Seitens Ankaras wurde Washington vorgeworfen, zu wenig gegen die PKK im Nordirak zu unternehmen. 2007 begann in diesem Punkt eine stärkere Kooperation durch die Zurverfügungstellung von US-Intelligence. Kritische Stimmen gab es in Washington betreffend die Verbesserung der Beziehungen der AKP-Regierung zu Russland, Syrien und dem Iran, ohne dass dies eine wesentliche Trübung des Verhältnisses brachte. Eine klare Besserung setzte mit Amtsantritt Obamas ein, der im April 2009 seine erste Auslandsreise

in die Türkei unternahm. In Anbetracht der eigenen Misserfolge im Nahen Osten und angesichts der Vorgänge in dieser Region brauchen die USA dort eine starke Türkei und in Zukunft ist mit einer intensiveren Zusammenarbeit zu rechnen.

Die rasche Verbesserung der Beziehungen zu Russland hatte zwar schon 2000 eingesetzt, der Regierungsantritt der AKP brachte jedoch eine Art Quantensprung, der seit 2004 zu einem sehr intensiven Besuchsaustausch, inklusive auf Ebene des Präsidenten und des Ministerpräsidenten, führte. 2010 wurde ein Strategischer Kooperationsrat auf Ministeriebene eingerichtet. Triebfeder des Verhältnisses sind die Wirtschaftskontakte. Das Handelsvolumen wurde von \$ 11 Mrd. 2004 auf \$ 30 Mrd. 2011 gesteigert. Enge Beziehungen haben sich auch auf dem Energiesektor entwickelt. Russland ist die wichtigste Bezugsquelle der Türkei für Erdgas (ca. 65%) und Erdöl (ca. 40%). Ein wichtiges Element ist hier die Pipeline Blue Stream unter dem Schwarzen Meer, welche 2003 in Betrieb genommen wurde. 2011 erhielt Gazprom die Genehmigung zur Streckenführung der Leitung South Stream durch die türkische exklusive Wirtschaftszone. Die enge Bindung an Moskau auf dem Energiesektor hat allerdings eine Abhängigkeit der Türkei von Russland gebracht und das Land verwundbar gemacht. Regionalpolitisch einig sind sich Moskau und Ankara in dem Bestreben, den Einfluss ausländischer Mächte im Südkaukasus und im Schwarzmeerraum gering zu halten.

Zypern – keine Regelung in Sicht

Keine Lösung hat die AKP-Regierung in der Zypern-Frage erreicht. War es früher die Türkei und vor allem das Militär, welche eine Lösung im Sinne einer Wiedervereinigung verhindert hatten, so ist seit

2003/2004 eine Änderung eingetreten. Erdogan erkannte, dass die bisherige Position den türkischen EU-Ambitionen zuwiderläuft. Es gelang ihm, den inneren Widerstand sowie jenen des nordzypriotischen Führers Denktasch zu überwinden. Die AKP war bemüht, eine Lösung auf Basis eines vom damaligen UN-Generalsekretär Kofi Annan ausgearbeiteten Planes zustandezubringen. Dieser wurde im April 2004 in einem Referendum beiden Teilen der Insel vorgelegt. Die Türkisch-Zyprioten stimmten zu (was die AKP-Regierung unterstützt hatte), die Griechisch-Zyprioten lehnten jedoch mit großer Mehrheit ab, womit der Plan gescheitert war. Seither ist keine Entwicklung mehr in der Frage eingetreten.

Türkische Ambitionen auf dem Energiesektor

Auf dem Energiesektor hat die AKP-Regierung die schon in den 90er-Jahren begonnenen Bestrebungen fortgesetzt, die Türkei zu einem Energiekorridor für den Transport von Öl und Gas aus dem kaspischen Raum nach Westeuropa zu machen. Die AKP sucht die strategische Lage des Landes für diese wichtige Rolle zu nutzen. In ihrer Regierungszeit wurden 2006 die Ölpipeline Baku – Tbilisi – Ceyhan und 2007 die Gasleitung Baku – Tbilisi – Erzurum in Betrieb genommen. Mit letzterer ist die Türkei zu einem nicht unbedeutenden Player auf dem internationalen Gasmarkt geworden. In den letzten Jahren wurden von westeuropäischer Seite einige Projekte für weitere Gaspipelines entwickelt. 2012 beschlossen die Türkei und Aserbaidschan als neues Großvorhaben den Bau einer gemeinsamen Gasleitung. Die Weiterleitung des Gases aus der Türkei nach Westeuropa wird möglicherweise über die Nabucco-Pipeline erfolgen, eine Entscheidung steht aber noch aus. Unter der AKP-Regierung hat sich der Stellenwert der Türkei auf dem Energiesektor deutlich erhöht.

Wertung und Zukunftsperspektiven

Die zehn Jahre der AKP-Regierung haben der Türkei eine in der Nachkriegsgeschichte nie gekannte Stabilität gebracht. Die befürchtete schwere Konfrontation zwischen der Regierung und dem kemalistischen Establishment sowie dem Militär ist ausgeblieben. Die Partei errang drei Mal, 2002, 2007 und 2011 die absolute Mehrheit – ein in der Türkei bis dato nicht gekanntes Phänomen. Erdogan ist mit Abstand der populärste und geschickteste Politiker des Landes und unumstrittener Führer der AKP. Nach zehn Jahren im Amt ist er nach Atatürk wohl der in der Geschichte der Republik zweitwichtigste Politiker.

Die Partei hat in ihrer Regierungszeit die Demokratisierung vorangetrieben, die starren Strukturen der kemalistischen Machtzentren, nämlich hohe Bürokratie und Militär, aufgebrochen, bessere Dienstleistungen für die Bevölkerung erreicht und die Türkei zu einem Modell in der Region gemacht. Die Reformen im Zusammenhang mit dem angestrebten Beitritt zur EU haben zu einer „Zivilisierung“ des Landes beigetragen.

Erdogans Attraktivität geht weit über konservativ-religiöse Kreise und die ärmeren Schichten der Großstädte hinaus und der daraus resultierende Rückhalt in der Bevölkerung schließt auch liberale

Wähler, Intellektuelle und Wirtschaftstreibende mit ein. Es gelang dem Ministerpräsidenten, hiedurch die Basis der AKP wesentlich zu verbreitern und sowohl die einfache Bevölkerung als auch den durch wirtschaftlichen Aufstieg neu entstandenen Mittelstand am politischen Geschehen zu beteiligen. Ein Brückenschlag zwischen dem konservativ-islamisch ausgerichteten Teil der Bevölkerung und den mit diesem nicht sympathisierenden Kreisen wurde möglich gemacht. Es sei allerdings festgehalten, dass zwecks Erreichung dieses Prozesses die AKP ihren eigentlichen Charakter bewusst etwas unklar gehalten hat. Die Eigendefinition als demokratisch-konservativ bedeutet eine Verneinung einer ausdrücklich islamisch ausgerichteten Politik, jedoch unter Beibehaltung der Affinität zu Religion

Keine Einführung einer islamischen Gesellschaftsordnung

Die AKP stand und steht seit ihrem Amtsantritt seitens gewisser Kreise in permanentem Verdacht, in der Türkei den Säkularismus unterhöhlen und eine islamische Gesellschaftsordnung einführen zu wollen sowie trotz aller gegenteiliger Beteuerungen und trotz des EU-Reformprozesses diesbezüglich eine geheime Agenda zu haben. Diese Befürchtungen haben sich in den vergangenen zehn

Jahren nicht bewahrheitet. Gewisse den religiösen Wertvorstellungen entsprechende Akzente wurden aber unzweifelhaft gesetzt: So können Studentinnen an der Universität ein Kopftuch tragen (die Frage war stets zu einer politischen hochstilisiert worden). In einem vor kurzem verabschiedeten Bildungsgesetz werden den religiösen Imam Hatip-Schulen Vergünstigungen eingeräumt. Die Regierung forciert den Bau von Moscheen und versucht, den Konsum von Alkohol einzuschränken. Erdogan sprach sich zuletzt für ein Verbot der Abtreibung aus, doch diese Idee wurde nach entschiedenen Protesten von Bevölkerung und Medien rasch zurückgezogen. Insgesamt ist in der AKP-Regierungszeit die türkische Bevölkerung nicht deutlich islamischer geworden, die Religion hat im öffentlichen Leben und in der politischen Diskussion aber einen höheren Stellenwert bekommen. Eine Islamisierung des Landes, etwa nach dem Muster des Iran, war durch die AKP wohl nie beabsichtigt und wäre auch mit den EU-Ambitionen nicht vereinbar.

Bild: Bernd/Spreckels/interfoto/picturedesk.com

Abbildung aufgrund von Copyright-Bestimmungen entfernt

Der *Ararat* ist mit 5137 Metern der höchste Berg auf dem Gebiet der Türkei

Ein Negativfaktor der innenpolitischen Entwicklung der letzten Jahre ist die starke Polarisierung im Lande – die allerdings der Stabilität keinen Abbruch getan hat. 50% der Wählerschaft sind für Erdogan, die andere Hälfte der Bevölkerung gegen ihn bzw. die AKP. Hiezu kommen die wachsende Konzentration der Macht in seinen Händen und, wie bereits erwähnt, seine wachsenden autoritären Züge mit gewissen ungünstigen Auswirkungen auf die Meinungs- und Medienfreiheit.

2014 werden Präsidentenwahlen stattfinden. Gül kann nochmals kandidieren, nachdem die Amtszeit von sieben auf fünf Jahre herabgesetzt wurde, dafür aber eine zweite Periode möglich ist. Es wird jedoch allgemein damit gerechnet, dass Erdogan selbst Staatsoberhaupt werden will. Er kann sich nach drei Legislaturperioden bei den Parlamentswahlen 2015 nicht ein viertes Mal für einen Sitz bewerben und somit nicht Ministerpräsident bleiben. In diesem Fall wird Gül Erdogan wohl den Vortritt lassen und sich nicht um eine zweite Amtszeit bemühen. In diesem Zusammenhang wird auch angenommen, dass Erdogan für die neu auszuarbeitende Verfassung ein Präsidialsystem anstrebt, welches die Kompetenzen des Staatsoberhaupts stärkt. Sollte er wirklich 2014 Präsident werden (und das Amt vielleicht zwei Perioden bis 2024 ausüben), so wird Erdogan derjenige sein, der die Türkei im ersten Viertel des 21. Jahrhunderts geprägt hat, wie Atatürk dies durch 20 Jahre in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts getan hat.

Es kann davon ausgegangen werden, dass die politische Entwicklung und die durch die AKP getätigten Reformen kaum wieder rückgängig

gemacht werden können. Nach dem überwältigenden Wahlsieg 2011 dürfte Erdogan auch vor allfälligen Maßnahmen des Militärs gegen ihn ziemlich sicher sein. Die AKP wird wohl bei den Wahlen 2015 an der Macht bleiben, da sich keine wirkliche Alternative abzeichnet. Die Erwartungen an die Partei sind allerdings durch ihre Überlegenheit gestiegen, was eine Herausforderung bedeutet. Hauptprobleme für die Zukunft sind die ungelöste Kurdenfrage und die Verfassungsreform, wobei die beiden Themen teilweise interdependent sind. Um ihre Vormachtstellung zu behaupten, muss die AKP ihren gemäßigt religiösen Kurs, verbunden mit Reformelementen und wirtschaftlichem Fortschritt, fortsetzen und darf nicht auf einen allenfalls radikaleren Kurs einschwenken.

Wirtschaftlich waren die AKP-Jahre summa summarum ein Erfolgserlebnis. In Zeiten von Rezession, Überschuldung und Schwierigkeiten einer Reihe von Staaten steht die Türkei weltweit sehr günstig da. Die Wirtschaft hat sich als sehr widerstandsfähig erwiesen. Die Türkei ist Mitglied der G-20 und steht heute unter den Industriestaaten an 16., in Europa sogar an 6. Stelle. Erdogan hat im Wahlkampf 2011 versprochen, dass bis 2023, dem 100. Jahrestag der türkischen Republik, das Land sich unter den zehn wichtigsten Industrieländern befinden werde. Schien dies vor einigen Jahren noch als Illusion, so ist dies aber nunmehr denkbar geworden.

Die Türkei steht international gestärkt da

International ist die Türkei heute politisch und wirtschaftlich stärker als zu Beginn der AKP-Regierung. Durch die aktive Außenpolitik ist ihre Visibilität deutlich gestiegen und das Land ist zu einem wichtigen regionalen, teilweise auch internationalen Player geworden. Besonders im Nahen Osten blickt man bei politischen Entwicklungen auf die Haltung der benachbarten Türkei, was früher nicht der Fall war. Die Bedeutung Ankaras ist in der gesamten islamischen Welt deutlich gestiegen. Keinen Erfolg gab es in der Zypernfrage, der EU-Beitrittsprozess liegt auf Eis, wobei die Ursachen im ersten Fall eindeutig nicht, im zweiten Fall nur sehr begrenzt in der Türkei zu suchen sind. Das Konzept der Null-Probleme-Politik hat sich als überambitioniert erwiesen und, insbesondere im Falle Syrien und Israel, den Realitäten nicht standgehalten.

Die durch den Ausbau der Beziehungen zur islamischen Welt und zu Russland sowie den Bruch mit Israel teilweise gehegten Befürchtungen, die Türkei wende sich vom Westen ab, haben sich als unbegründet erwiesen. Die modifizierte Außenpolitik ist Folge veränderter internationaler Bedingungen und entspricht den geopolitischen Realitäten des Landes. Tatsächlich hat die AKP-Regierung ihre internationalen Verpflichtungen gegenüber dem Westen erfüllt. Die Bemühungen, ein Energiekorridor zu werden, entsprechen den EU-Bestrebungen nach Energiesicherheit. Die Ausrichtung nach Westen ist allerdings nicht mehr das dominierende Element der Politik. Außerdem macht die stärkere Betonung der islamischen Identität es für die AKP-Regierung vor allem im Nahen Osten schwierig, gewisse EU- bzw. westliche Positionsbezüge zu unterstützen. Nicht mehr wirklich zutreffend ist auch die These, die Türkei habe keine Alternative zur EU. Das unabhängigere Auftreten der Türkei ist Resultat der politischen und wirtschaftlichen Erfolge und eines damit klar gestiegenen Selbstvertrauens. Der Westen sieht sich jedenfalls heute einer wesentlich stärkeren Türkei gegenüber als vor zehn Jahren.



Israel im arabischen Frühling

Die Umwälzungen im Arabischen Raum führten neben innenpolitischen Verwerfungen zur Veränderung des strategischen Umfelds Israels, ohne jedoch das grundlegende regionale Kräfteverhältnis zu berühren. Die einsetzende – möglicherweise nur vorübergehende – politische Pluralisierung hat allerdings eine offenere Ablehnung Israels zur Folge, da die so genannte „arabische Straße“ nun in Wahlen als öffentliche Meinung politische Bedeutung erlangt und zudem vor einer Instrumentalisierung durch islamistische Kräfte nicht gefeit ist.



Study Group Information – International Crisis Management: Squaring the Circle

In internationalen Einsätzen der letzten Jahre waren Sicherheitsorganisationen immer wieder mit der Herausforderung konfrontiert, in komplexen und politisch sensiblen Operationen mit nicht-militärischen Partnern zusammenzuarbeiten und dabei Aufgaben zu bewältigen, die außerhalb des klassischen Spektrums militärischer und polizeilicher Einsätze liegen. Der vorliegende Band präsentiert unterschiedliche Erfahrungen und Lösungsansätze in diesem Kontext.



Serbien nach den Wahlen: Fortsetzung des Reformkurses oder Rückfall in alte Positionen

Die letzten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen haben die Machtverhältnisse in Serbien grundlegend verändert. Trotz der Beteuerung der neuen Regierung, den pro-europäischen Weg weiter gehen zu wollen, begegnen die Nachbarn Serbiens den dortigen politischen Veränderungen mit großer Skepsis. Eine konsequente Konditionalitätspolitik der EU gegenüber Serbien gewinnt erneut an Bedeutung.



GCSP Policy Paper n°21

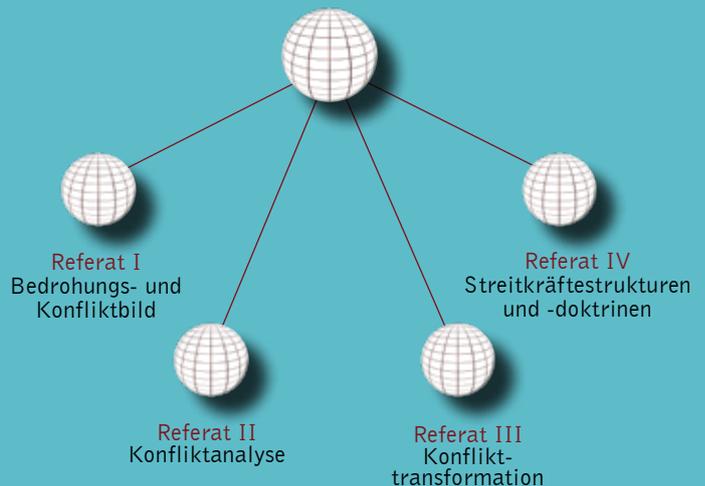
Die Umbrüche in der arabischen Welt finden in unmittelbarer Nachbarschaft zur EU statt. Es steht außer Zweifel, dass die vermutlich jahrzehntelange Transformation dieser Staaten erhebliche Auswirkungen auf die Wirtschaft, Energieversorgung und Sicherheit europäischer Staaten haben wird. Die EU steht daher vor der Notwendigkeit, einen „Master-Plan“ für die einzelnen Staaten und die gesamte Region zu entwickeln. Strategisches Umdenken in Richtung Partnerschaft ist dabei ebenso gefordert wie innerer Zusammenhalt.

Das Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement

Das Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement (IFK) wurde 1999 gegründet. Es ist eine Forschungsabteilung der Landesverteidigungsakademie (LVAK) des österreichischen Bundesheeres: Die drei Kernaufgaben des Institutes sind:

- Beiträge zur Politikberatung
 - Forschung und Lehre
 - Öffentlichkeitsarbeit
- Bedrohungs- und Konfliktbild: Dieses Referat befasst sich mit der Erforschung aktueller und erwartbarer Phänomene aktueller und künftiger bewaffneter Konflikte. Nach den Ereignissen vom 11. September 2001 stellen der internationale Terrorismus und dessen Bekämpfung ein zentrales Forschungsgebiet dar.
 - Konfliktanalyse: Der Forschungsschwerpunkt in diesem Referat liegt im Vergleich bewaffneter Konflikte und deren Ursachen. Die Akteure, ihre Zielsetzungen, Interessen, Strategien und Mittel stehen im Zentrum der Betrachtung.
 - Konflikttransformation: Dieses Referat beschäftigt sich mit den Theorien und der Auswertung praktischer Erfahrungen zu Früherkennung, Prävention, Steuerung, Beendigung und Aufarbeitung von Konflikten. Besondere Berücksichtigung findet die Rolle von Streitkräften bei der Bewältigung der verschiedenen Konfliktphasen.
 - Streitkräftestrukturen und –doktrinen: In diesem Referat werden Anforderungsprofile und Konzepte analysiert, die Streitkräfte zu friedenssichernden Einsätzen befähigen sollen. Erfahrungen aus früheren Missionen und erwartbare Konfliktbilder stellen dafür die Basis dar.

INSTITUTSLEITUNG



Geplante Publikationen 2012 (Auswahl):

- ⇒ IFK Monitor: Transitional Justice
- ⇒ IFK Aktuell: Syrien – Bastion des arabischen Nationalismus
- ⇒ Study Group Information: „The EU Meeting its Internal Challenges – Implications for Stability in the Western Balkans“

Sie finden unsere BMLVS - Publikationen auch im Internet auf unserer Homepage unter <http://www.bmlvs.gv.at/organisation/beitraege/lvak/ifk/ifk.shtml>

So kommen Sie zu uns:

- Nähe U3-Station Neubaugasse, Ausgang Stiftgasse
- Kreuzung: Innere Mariahilferstraße (Höhe Nr. 30) / Stiftgasse



Kontakt:

Landesverteidigungsakademie Wien
Institut für Friedenssicherung
und Konfliktmanagement

AG Stiftgasse 2a
Akademietrakt 2. Stock, Süd-Risalit
1070 Wien
ÖSTERREICH

tel. | +43 (0) 50201 10 28701
fax | +43 (0) 50201 10 17262
e-mail | lvak.ifk@bmlvs.gv.at

Impressum

Eigentümer, Verleger und Hersteller:
LANDESVERTEIDIGUNGS-AKADEMIE
Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport
AG Stiftgasse 2a, 1070 Wien
Tel. +43 (0) 50201 10 28700

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich:
Brigadier Dr. Walter Feichtinger

Redaktion:
Dr. Marius Calligaris

Designkonzept und Layout:
LVak / Referat III - Medien

Herstellung:
BMLVS / Heeresdruckerei Arsenal, 1030 Wien -
Nachdruck genehmigt; Bilder urheberrechtlich geschützt

E-Mail: lvak.ifk@bmlvs.gv.at

Autor:



Dr. Marius Calligaris

Botschafter i. R. Dr. Marius Calligaris ist seit 2010 als assoziierter Forscher am IFK tätig. Jus-Studium, Absolvierung der Diplomatischen Akademie Wien. 1968 Eintritt in das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten. Auslandsverwendungen in Italien, Israel, Rumänien, Spanien, Saudi-Arabien, der Türkei und im Süd-Kaukasus. Ende 2009 Übertritt in den Ruhestand.

